

DATENSCHUTZHINWEISE
BZGL. EINER MITGLIEDSCHAFT BEI PRO BONO HEIDELBERG E.V.

I. Kontaktdaten.....	2
II. Allgemeines zur Datenverarbeitung und den Datenschutzhinweisen.....	2
1. Ziel und Zweck dieser Datenschutzhinweise	2
2. Kategorien von personenbezogenen Daten	2
3. Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten	2
4. Dauer der Speicherung personenbezogener Daten.....	3
5. Übermittlungen in Drittländer	3
III. Mitgliedschaft.....	3
1. Datenverarbeitung während der Mitgliedschaft	3
a) <i>Speicherung und Verarbeitung von Mitgliedsdaten zur Erreichung der Vereinsziele</i>	3
b) <i>Versenden von Vereinsinformationen (Newsletter, Veranstaltungsinformationen und Weihnachtsbrief)</i>	4
2. Datenverarbeitung nach Beendigung der Mitgliedschaft.....	4
IV. Spendeneingänge.....	5
V. Rechte des Mitglieds	5
1. Auskunftsrecht	5
2. Recht auf Berichtigung.....	6
3. Recht auf Löschung.....	6
a) <i>Voraussetzung des Löschungsanspruchs</i>	6
b) <i>Umfang des Löschungsanspruchs bei Veröffentlichung der personenbezogenen Daten...</i>	7
c) <i>Ausschluss des Löschungsanspruchs</i>	7
4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	7
5. Recht auf Datenübertragbarkeit	8
6. Widerspruchsrecht.....	9
7. Widerrufsrecht.....	9
8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde.....	9

I. Kontaktdaten

1. der Verantwortliche

Der Verantwortliche (im Folgenden auch als „der Verein“ bezeichnet) im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Pro Bono Heidelberg
– Studentische Rechtsberatung e.V.,
c/o StuRa der Universität Heidelberg
Albert-Ueberle-Straße 3
69120 Heidelberg

Vertreten wird der Verantwortliche durch seinen Vorstand.

2. der Datenschutzbeauftragte

Der Datenschutzbeauftragte von Pro Bono Heidelberg e.V. ist

Mirko Schuhmacher.

Zu erreichen ist der Datenschutzbeauftragte unter

Pro Bono Heidelberg
– Studentische Rechtsberatung e.V.,
Datenschutzbeauftragter,
c/o StuRa der Universität Heidelberg,
Albert-Ueberle-Straße 3,
69120 Heidelberg,

E-Mail: kontakt@probono-heidelberg.de

II. Allgemeines zur Datenverarbeitung und den Datenschutzhinweisen

1. Ziel und Zweck dieser Datenschutzhinweise

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie (im nachfolgenden Text als „Mitglied“ oder „betroffene Person“ angesprochen) in allgemeiner Weise über die Datenverarbeitung in unserem Verein und in besonderer Weise über die Datenverarbeitung im Rahmen einer Mitgliedschaft bei Pro Bono Heidelberg e.V.

2. Kategorien von personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten folgende Kategorien von personenbezogenen Daten (Mitgliederdaten):

- Name, Vorname und Geburtsdatum,
- Adresse (Anschrift),
- Mobiltelefonnummer und E-Mail-Adressen,
- Mitgliedsart,
- Angaben im SEPA-Basis-Lastschriftmandat (Kontodaten).

3. Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Sofern wir im Rahmen unserer Verarbeitung Daten Dritten offenbaren, sie an diese übermitteln oder ihnen sonst Zugriff auf die Daten gewähren, erfolgt dies auf Grundlage einer gesetzlichen Erlaubnis (z.B. wenn eine Übermittlung der Daten an Dritte gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO zum Betreiben des Mitgliedschaftsverhältnisses erforderlich ist), wenn die Betroffenen eingewilligt haben oder eine rechtliche Verpflichtung dies vorsieht.

4. Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Das Kriterium für die Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten ist die jeweilige gesetzliche Aufbewahrungsfrist. Nach Ablauf der Frist werden die entsprechenden Daten gelöscht, sofern sie nicht mehr zur Zweckerreichung, Vertragserfüllung oder Vertragsanbahnung erforderlich sind.

5. Übermittlungen in Drittländer

Sofern wir Daten in einem Drittland (d.h. außerhalb der Europäischen Union (EU) oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)) verarbeiten oder dies im Rahmen der Inanspruchnahme von Diensten Dritter oder Offenlegung, bzw. Übermittlung von Daten an Dritte geschieht, erfolgt dies nur, wenn es zur Erfüllung unserer (vor-)vertraglichen Pflichten, auf Grundlage Ihrer Einwilligung, aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung oder auf Grundlage unserer berechtigten Interessen geschieht. Vorbehaltlich gesetzlicher oder vertraglicher Erlaubnisse, verarbeiten wir oder lassen wir die Daten in einem Drittland nur beim Vorliegen der besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO verarbeiten, d.h. die Verarbeitung erfolgt z.B. auf Grundlage besonderer Garantien, wie der offiziell anerkannten Feststellung eines der EU entsprechenden Datenschutzniveaus (z.B. für die USA durch das „Privacy Shield“) oder Beachtung offiziell anerkannter spezieller vertraglicher Verpflichtungen (so genannte „Standardvertragsklauseln“).

III. Mitgliedschaft

1. Datenverarbeitung während der Mitgliedschaft

a) *Speicherung und Verarbeitung von Mitgliedsdaten zur Erreichung der Vereinsziele*

aa) Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Die Speicherung und Verarbeitung der Mitgliederdaten dient der Erreichung der Vereinsziele.

(1) Zuvorderst erfolgt die Verarbeitung daher, um die Fallbearbeitung zu ermöglichen (u.a. Versenden von E-Mails zur Ausschreibung eines neuen Falls und zur Fallzuteilung).

(a) Hierzu erfolgt u.a. auch eine Verwendung von Name und Vorname zur Einrichtung eines vereinsinternen E-Mail-Kontos und eines Cloud-Speicher-Kontos. Zur Einrichtung dieser Konten wird der Name des Mitglieds und auf dessen Antrag auch dessen E-Mail-Adresse an diejenigen Dritten weitergegeben, der den Server betreibt, auf dem diese Konten gespeichert werden.

(b) Die (als Mitgliedsdatenteil angegebene) E-Mail-Adresse wird auf formlosen Antrag des Mitglieds in die vereinsinterne E-Mail-Verteilerliste zur Fallbearbeitung eingetragen; es kann aber auch nur die vereinsinterne E-Mail-Adresse des Mitglieds eingetragen werden.

(2) Die Verarbeitung erfolgt aber auch, um das Interesse des Vereins zu schützen, im Haftungsfall Mitglieder zu kontaktieren, die an der haftungsauslösenden Beratung beteiligt waren. Erfasst wird auch das Interesse des Vereins, seinen Zahlungsanspruch bzgl. des Mitgliedschaftsbeitrags gegenüber seinen Mitgliedern durchsetzen zu können.

(3) Stellt das Mitglied seine Mitgliederdaten nicht zur Verfügung, kann es nicht am Vereinsleben teilhaben.

bb) Rechtsgrundlage
Rechtsgrundlage für Speicherung der Mitgliederdaten während einer bestehenden Mitgliedschaft ist gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO das Mitgliedschaftsverhältnis.

b) Versenden von Vereinsinformationen (Newsletter, Veranstaltungsinformationen und Weihnachtsbrief)

aa) Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

(1) Name und Vorname werden verarbeitet, um die Mitglieder in einem Newsletter über die Entwicklungen im Verein zu informieren. Die Versendung des Newsletters erfolgt höchstens einmal im Monat. Ferner erfolgt die Verarbeitung, um zu Veranstaltungen (wie Vereinsausflüge) einzuladen. In beiden Fällen erfolgt ein E-Mail-Versand an die vereinsinterne E-Mail-Verteilerliste. Das Mitglied hat bei Antragstellung bzgl. der Mitgliedschaft diejenige E-Mail-Adresse angegeben, an die der Newsletter versendet werden soll.

(2) Name, Vorname und Anschrift werden verarbeitet, um einen jährlichen Weihnachtsbrief zu versenden. Hierdurch bedankt sich der Verein für das Engagement des Mitglieds im laufenden Jahr.

bb) Rechtsgrundlage
Rechtsgrundlage für Verarbeitung der Mitgliederdaten ist gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO eine Einwilligung des Mitglieds, das dieses bei der Stellung des Antrags auf Mitgliedschaft freiwillig abgegeben hat (siehe Anlage 2 des Antrags auf Mitgliedschaft).

cc) Widerspruchs- und Beseitigungsmöglichkeit

Das Mitglied kann seine Einwilligung jederzeit widerrufen. In diesem Fall erfolgt keine Datenverarbeitung im o.g. Sinne. Hierzu genügt eine E-Mail an

kontakt@probonoheidelberg.de

mit dem Betreff

- „Herausnahme aus dem Newsletterverteiler“ oder
- „kein Weihnachtsbrief erwünscht“
- oder „keine Veranstaltungsinformationen erwünscht“.

2. Datenverarbeitung nach Beendigung der Mitgliedschaft

a) ***Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung***

Die Speicherung von Mitgliederdaten nach Beendigung der Mitgliedschaft erfolgt zum Schutz des Interesses des Vereins ausstehende Mitgliedschaftsbeträge beitreiben und diesbezüglich vermeintlich bestehende Rückzahlungsansprüche des Mitglieds abwehren zu können, bis eine Verjährung eingetreten ist.

b) Dauer der Speicherung

aa) Die Speicherfrist für Kontodaten beträgt ein Jahr. Sie beginnt mit Schluss des Jahres, in dem die Mitgliedschaft beendet worden ist.

bb) Die Speicherfrist für die übrigen Mitgliederdaten beträgt drei Jahre. Sie beginnt mit Schluss des Jahres, in dem die Mitgliedschaft beendet worden ist.

c) Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für Speicherung der Mitgliederdaten nach Beendigung der Mitgliedschaft ist ein berechtigtes Interesse des Vereins (vgl. Buchstabe a)) gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO.

IV. Spendeneingänge

1. Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Erfolgt durch ein Mitglied eine Spende, wird der Name des Kontoinhabers, die IBAN, die BIC und die Höhe der Spende verarbeitet. Die Verarbeitung erfolgt, damit wir auf Aufforderung des Mitglieds hin eine Spendenquittung ausstellen können. Die Speicherung erfolgt, um den steuerrechtlichen Aufbewahrungspflichten nachkommen zu können.

2. Dauer der Speicherung

Da Buchungsbelege in Form von Kontoauszügen für zehn Jahre aufzubewahren sind, werden die oben genannten Daten durch Aufbewahrung der Kontoauszüge für zehn Jahre gespeichert.

3. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Die Verarbeitung der Daten zur Ausstellung einer Spendenquittung erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die Speicherung der Daten für die Dauer von zehn Jahren erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 147 Abs. Nr. 4, Abs. 3 Satz 1 AO.

V. Rechte des Mitglieds

Als betroffene Person stehen dem Mitglied im Zusammenhang mit der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten die folgenden Rechte zu:

1. Auskunftsrecht

a) Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf folgende Informationen:

aa) die Verarbeitungszwecke;

bb) die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;

cc) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen;

dd) falls möglich, die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht

möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;

- ee) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- ff) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- gg) wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten;
- hh) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und Abs. 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.
- ii) Werden personenbezogene Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt, so hat die betroffene Person das Recht, über die geeigneten Garantien gemäß Artikel 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke

der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten (auch mittels einer ergänzenden Erklärung) zu verlangen.

3. Recht auf Löschung

a) Voraussetzung des Löschungsanspruchs

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- aa) Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- bb) Die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- cc) Die betroffene Person legt gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder die betroffene Person legt gemäß Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.

- dd) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- ee) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- ff) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

b) *Umfang des Löschungsanspruchs bei Veröffentlichung der personenbezogenen Daten*

Hat der Verantwortliche die personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gemäß Buchstabe a) zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass eine betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt hat.

c) *Ausschluss des Löschungsanspruchs*

Auch wenn die Voraussetzungen der Buchstaben a) und b) erfüllt sind, besteht kein Löschungsanspruch, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- aa) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;

- bb) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

- cc) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h) und i) sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;

- dd) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gemäß Art. 89 Abs. 1, soweit das in Absatz 1 genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder

- ee) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

4. *Recht auf Einschränkung der Verarbeitung*

- a) Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- aa) die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,

- bb) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;
 - cc) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt, oder
 - dd) die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt hat, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- b) Wurde die Verarbeitung gemäß Buchstabe a) eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedsstaats verarbeitet werden.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit

- a) Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern
 - aa) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO oder auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO beruht und
- bb) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.
- b) Bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit gemäß Buchstabe a) hat die betroffene Person das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist.
- c) Das Recht gemäß Buchstabe a) darf die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen.
- d) Das Recht gemäß Buchstabe b) gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

6. Widerspruchsrecht

- a) Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e) oder f) DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.
- b) Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten bei einem Widerspruch nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- c) Im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft kann die betroffene Person ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren ausüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.
- d) Der Widerspruch kann gerichtet werden an
kontakt@probono-heidelberg.de
und muss angeben, gegen welche Verarbeitung Widerspruch eingelegt wird.

7. Widerrufsrecht

Die betroffene Person hat das Recht, ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen diese Verordnung verstößt.